

Lehrer/innenbildung alt – neu – auf jeden Fall veränderungsbedürftig?

Frühjahrstagung der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen, ÖFEB, 25. und 26. März 2010

Am ersten Tag der Veranstaltung gab es ein sehr umfangreiches, dichtgedrängtes Programm. So folgten zu Beginn drei sehr interessante Vorträge á 45 Minuten praktisch ohne Pause aufeinander. Die Podiumsdiskussion war engagiert und teilweise emotionell, wobei auf von Betroffenen hervorgebrachte wesentliche Kritikpunkte nicht immer eingegangen wurde und Lösungen nicht sichtbar wurden.

Alle Vorträge sollen demnächst auf der Website der ÖFEB zur Verfügung gestellt werden.

Univ. Prof. Dr. Angelika Paseka, Vorsitzende der Sektion Lehrerbildung und Lehrerbildungsforschung in der ÖFEB, möchte das Thema Lehrer/innenausbildung mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit stellen, da es viele Menschen betrifft. Im Wintersemester 2009 gab es 6 000 Lehramtsstudierende. Geplante Themen des ÖFEB für 2011 sind: „Forschung zur Wirksamkeit von Lehrer/innenbildung“ im Jänner an der Universität Salzburg und „Theorie zur Schulentwicklung“ im März an der Universität Wien.

Andrea Óhidý: Die Lehrer/innenausbildung und die Bologna-Reform in Deutschland

Nach Meinung von **Dr. Andrea Óhidý**, Universität Münster, befindet sich Deutschland bei der von der EU beschlossenen europaweiten Hochschulreform zur Zeit in einer Nachsteuerungsphase.

In Deutschland hat die Umstellung auf die Bologna Struktur zu einem quantitativen Erfolg (80% wurde bereits umgestellt) und einem qualitativen Misserfolg (öffentliche Kritik beklagt das Ende der Humboldtschen Bildungstradition) geführt. Da in Deutschland bildungspolitische Entscheidungen bei der Kultusministerkonferenz liegen, empfanden die Bundesländer die Maßnahmen als von oben diktiert. Das nach amerikanischem Vorbild geschaffene Akkreditierungsverfahren, das von privaten Agenturen betrieben wird, führt zu Einschränkungen beim Zugang zum Masterstudium. Die Vorbildrolle des amerikanischen Hochschulsystems wurde in Frage gestellt: „Warum sollen aus unseren Universitäten englischsprachige Fachhochschulen werden?“

Die Probleme der Studierenden entstehen vor allem durch soziale Selektion (Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen), Überregulierung (vollgestopfte Studienpläne die zu Hektik und Stress führen; selbständiges Denken scheint unerwünscht zu sein), eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten (ein Auslandsaufenthalt ist nur zwischen der Bachelor- und Masterphase möglich)

Die Lehrenden sehen die Probleme bei einer Einschränkung der Freiheit in Forschung und Lehre, einer hohen Arbeitsbelastung, der Gefahr, dass durch die Wirtschaft vorgegebene wissenschaftsferne Prinzipien die Universitäten bestimmt werden und einem Zwang zur Quantität, der zu wenig Zeit für qualitative Arbeit lässt.

Vor Bologna gab es in Deutschland aufgrund der Länderhoheit kein ganz einheitliches System. Im Wesentlichen erfolgte das Studium in zwei Ausbildungsphasen

- Fachstudium von zwei bis drei Fächern plus Pädagogikstudium
- praktische Ausbildung (Referendariat)

Bologna brachte die Modularisierung und die ECTS Einführung¹. Die Differenzierung nach Lehramtsstudien wurde beibehalten. Der Bachelor bringt 180 ECTS, BA + MA Studium ergeben 300 ECTS. Der „kleine Master“ bringt 240 ECTS und gilt für Grundschullehrer/innen. Teile des Referendariats sollen als Teile des Masterstudiums angerechnet werden. Da kommt es aber zu

¹ Das **European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS)** soll sicherstellen, dass die Leistungen von Studenten an Hochschulen des [Europäischen Hochschulraumes](#) vergleichbar und bei einem Wechsel von einer Hochschule zur anderen, auch grenzüberschreitend, anrechenbar sind. Dies ist möglich durch den Erwerb von Leistungspunkten ([engl. credit points](#)), das sind Anrechnungseinheiten, die in der Hochschulausbildung durch Leistungsnachweise erworben werden. Diese Art der Bewertung von Leistungen an Hochschulen findet sich vorwiegend in den [Bachelor-](#) und [Master-](#)Studiengängen an [Hochschulen](#). (Quelle: Wikipedia)

langen Wartezeiten.

Für das Lehramt ein ist ein Masterabschluss erforderlich. Durch die Zugangsbeschränkungen zum Masterstudium leidet die Durchlässigkeit.

Die falsch verstandene Modularisierung führt zur Verschulung, die Vielzahl der Prüfungen zu einer „Wissensbulimie“ statt zu eigenständigem Denken.

Positive Entwicklungen sollte man aber auch sehen.

An den Universitäten hatte die Lehrer/innenausbildung keinen hohen Stellenwert. Durch Bologna wurde aber deren Bedeutung erkannt. Es gibt länderübergreifende Standards, mehr Transparenz und Praxisbezug in der ersten Phase der Ausbildung und eine bessere Kooperation zwischen erster und zweiter Phase.

Probleme sollten offen benannt, die Zeit vor Bologna nicht idealisiert werden. Der sozialen Dimension kommt bei der Lehrer/innenausbildung eine immer größere Bedeutung zu. Lehrer/innen müssen bei ihren Aufgabenstellungen auf die Situation der Schüler/innen Rücksicht nehmen (z.B. ließ eine Lehrerin bei einer Hausaufgabe den Innenraum des Autos der Eltern ausmessen, einige Familien hatten aber gar kein Auto).

Am 10. 12. 2009 wurde eine Reform der Reform beschlossen, die Prüfungsbelastungen reduzieren und ein flexibleres Bachelor- und Masterstudium gewährleisten soll.

Georg Hans Neuweg: Lehrer/innen rekrutieren und qualifizieren – Analysen und Befunde aus dem Nationalen Bildungsbericht Österreich 2009

Univ. Prof. Dr. Neuweg verfasste gemeinsam mit Univ. Prof. Dr. Johannes Mayr im Nationalen Bildungsbericht 2009 eine Expertise zur Lehrer/innenausbildung.² Er stellt einen kurzen Vergleich zum Expertenbericht der Gruppe um Mag. Dr. Peter Härtel her. Der Bildungsbericht bringt vor allem wissenschaftliche Beiträge, beim Expertenbericht überwiegen Empfehlungen.

Problemlage:

- Veränderungsdruck auf gewachsene im internationalen Vergleich ungewöhnliche Strukturen
- Tertialisierung der PH als ungelöstes Problem
- Bologna und Neue Mittelschule als irritierende Themen
- die bildungspolitische Diskussion verläuft äußerst emotional und nicht evidenzbasiert,
- es werden immer neue Expertenrunden eingesetzt

Der Bildungsbericht sah in fünf Bereichen Interventionsbedarf:

Grundausbildung – berufliche Induktion (Einführung) – Berufstätigkeit und Fortbildung – Attrahierungspolitik – Eingangselektion

Wer soll Lehramt studieren? Es wäre wichtig, die „Selbstselektion“, durch Ausbau von Beratungsangeboten und frühzeitige Praktikumserfahrungen zu unterstützen. Bei der Fremdselektion sollten bestehende Maßnahmen legalisiert werden (Maturanoten und Studierfähigkeitsstests, Simulationsverfahren und Aufnahmegespräche).

Der Lehrberuf muss im öffentlichen Bewusstsein ein besseres Image bekommen.

Künftige Lehrer/innen brauchen eine gute Grundausbildung. Sie brauchen hohes Fachwissen und großes fachdidaktisches Können. Ist beides vorhanden, sind ihre Schüler/innen erfolgreich. Die Fachausbildung muss mit der pädagogischen Ausbildung vernetzt sein.

In Österreich verläuft derzeit die Ausbildung anders als in anderen europäischen Ländern. Sie ist umso kürzer, wissenschaftsferner und weniger fachorientiert, je jünger die Schüler/innen sind.

Es sollte eine Institution für die Pädagog/innenausbildung zuständig sein, diese muss universitäres Niveau haben. Die Bachelorausbildung reicht für die Grundschule, für alle anderen Schulen ist der Master erforderlich. Das Masterstudium dauert fünf Jahre plus zwei Jahre Induktionsphase. Diese zwei Jahre gilt für alle Lehrenden nach Abschluss des Masterstudiums. Im ersten Schuljahr haben sie ein Drittel Lehrverpflichtung, im 2. Jahr zwei Drittel.

² Lehrer/innen als zentrale Ressource im Bildungssystem: Rekrutierung und Qualifizierung; www.bifie.at/buch/773

Die Bedeutung der Fortbildung wird oft unterschätzt. Bei den AHS Lehrer/innen gibt es derzeit einen Bruch zwischen Grundausbildung (Uni) und Fortbildung (PH). (*Anmerkung: Das wird durch die fachdidaktischen Zentren aber zunehmend verbessert*).

Neuweg empfiehlt ganz klar: Ausbildung und Fortbildung soll an die Universitäten.

Stefan Hopmann: Die Zukunft der pädagogischen Berufe: Kernaussagen und Empfehlungen

Univ. Prof. Dr. Stefan Hopman, Institut für Erziehungswissenschaften Wien, erklärt, dass der Auftrag der Härtel-Expertengruppe darin bestand festzustellen, was bei der Lehrer/innenausbildung überhaupt möglich wäre umzusetzen. Der Nationale Bildungsbericht spielte eine große Rolle bei der Arbeit.

Der Expertenbericht der Gruppe um Dr. Härtel erscheint einigen radikal, das kann aber nur für österreichische Verhältnisse gelten. Die Gruppe hat keine Detailplanung vorgelegt, das wurde nicht als sinnvoll erachtet.

Beim Vorschlag im Expertenpapier handelt es sich um ein kompetenzorientiertes Modell, das einen Mittelweg zwischen einem Ausbildungsweg für alle oder unterschiedlichen - nach Schultypen getrennten Ausbildungswegen - zu finden suchte.

Es gibt Kompetenzen, die in allen Einsatzfeldern pädagogischer Berufe von ausschlaggebender Bedeutung sind. In allen Bereichen gibt es erhöhte Qualifikationserfordernisse. In keinem Bereich darf es zu einem Absenken der bisher üblichen fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und pädagogischen Forderungen kommen. Es ist ein Irrglaube, dass Fachwissen in der Volksschule keine Rolle spielt! Zusatzqualifikationen wie Deutsch als Fremdsprache sind erforderlich. Lebenslange Fort- und Weiterbildung sind unerlässlich. Umstieg, Einstieg und Ausstieg müssen möglich sein.

Was die Kindergartenpädagog/innen betrifft, verweist Hopmann auf Norwegen: Dort sind die Leiterin, ihre Stellvertreterin und die Supervisorin Akademikerinnen, „in der Sandkiste sitzen Personen, die manchmal nur vier Kurse“ absolviert haben.

Die Grundausbildung umfasst 180 bzw. 240 ECTS, der Abschluss berechtigt zum Turnus. Die Turnusdauer soll zwei bis vier Jahre dauern. Für alle Lehrer/innen im Sekundarbereich und wenn möglich auch für den Volksschulbereich, sollte es den Masterabschluss geben, aber in der nächsten Zeit (*Anm.: aufgrund der vielen Pensionierungen ab 2012*) wird man Übergangslösungen brauchen.

Der gemeinsame Kern der Lehrer/innenausbildung muss unabhängig von einer Gesamtschule sein. Keinesfalls darf die Lehrer/innenausbildung von den Universitäten entfernt werden. Es muss eine Zusammenarbeit Universität – PH auf Augenhöhe geben, die die Schulen miteinschließt. Es wird notwendig sein, die Forschungs- und Lehrkapazitäten auszubauen, eine Änderung des Dienstrechts herbeizuführen und sowohl die Flexibilität als auch den Zusammenhalt zu wahren.

Christine Krawarik